

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

Preiseinbrüche kosten ein Drittel der landwirtschaftlichen Einkommen

Rukwied fordert politische Flankierung der Erzeuger „Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sind im Vorjahresvergleich auf breiter Front massiv eingebrochen. Der Preisverfall insbesondere bei Schweinefleisch, Milch, aber auch bei Getreide, Obst und Gemüse addiert sich seit dem Jahresbeginn auf eine Größenordnung von deutlich über 3 Mrd. Euro an Erlösen, die der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr fehlen.“ Diese Bilanz zog der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, anlässlich der Erntepressekonferenz in Berlin. „Dieser Erlöseinbruch entspricht rund einem Drittel der Nettowertschöpfung der gesamten Landwirtschaft, also der landwirtschaftlichen Einkommen.“ Rechne man diese Schätzung auf ein ganzes Jahr hoch, drohen die Erlöse der Bauern durch die geringeren Erzeugerpreise um über 6,2 Milliarden EUR niedriger auszufallen. Besonders hoch fallen die Verluste bei Schweinehaltern und Milchbauern aus, aber auch bei Acker- und Obstbauern. Rukwied erwartet deshalb vom Sondergipfel der EU-Agrarminister am 7. September 2015 in Brüssel konkrete Beschlüsse zur Unterstützung der europäischen Landwirte. „Hier steht die Politik mit in der Verantwortung. Wir haben das Sicherheitsnetz für die Agrarmärkte tiefer gehängt, aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo es greifen muss“, so Rukwied. Er forderte eine Exportoffensive der EU für Agrargüter und Lebensmittel, die u.a. aus den von den Landwirten selbst aufgebrauchten Mitteln der Milch-Superabgabe finanziert werden könne. Als flankierende nationale Hilfsmaßnahmen schlug Rukwied Liquiditätshilfen in Form von Bürgschaftsprogramm des Bundes, Stundung von Steuerschulden und die Einführung der seit langem vom DBV geforderten Risikoausgleichsrücklage vor. Zudem könne eine Aufstockung des Bundeszuschusses für die landwirtschaftliche Unfallversicherung zu einer Entlastung der Betriebe beitragen. „Ebenso wichtig ist es aber, die Betriebe in dieser Situation nicht mit Bürokratie und zusätzlichen wettbewerbsverzerrenden Auflagen zu belasten“, forderte der Bauernpräsident mit Blick auf aktuelle Gesetzesvorhaben auf europäischer und nationaler Ebene.

Intensivseminar „Legehennenhalter aufgepasst“ der LWK Niedersachsen

Dieses Seminar stellt eine Weiterbildungsmaßnahme für landwirtschaftliche und private Legehennenhalter dar, bei der es hauptsächlich um das Management von Jung- und Legehennen, das

Tierhandling, die Fütterung und Verhaltensstörungen wie Federpicken geht. Über eine Teilnahmebescheinigung wird die Sachkunde bescheinigt. Vom 8. bis zum 10. September findet in Oldenburg die Theorie statt. Für den 15. und 16. September sind Exkursionen geplant. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie im Veranstaltungsteil der Homepage der Landwirtschaftskammer Niedersachsen:

<https://www.lwk-niedersachsen.de/>

Putenhalter entsetzt über Diffamierung durch Tierschutzbund

Der Deutsche Tierschutzbund erhob in einer kürzlich veröffentlichten Pressemeldung schwere Vorwürfe gegenüber der Putenhaltung in Deutschland. Im Zusammenhang mit einem Putenstallneubauvorhaben in NRW wurde die Putenhaltung als „tierschutzwidrig“ und „nicht artgerecht“ bezeichnet, die Putenzucht wurde als „Qualzucht“ beschrieben. Nicht nur, dass diese Anschuldigungen vollkommen jeder Grundlage entbehren, und dies gerade im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Putenhaltung in den letzten Jahren, es steht zudem zu befürchten, dass, wie hier im Kontext dieses Baugenehmigungsverfahrens gezeigt wird, das Instrument der Verbandsklage missbräuchlich eingesetzt werden könnte. Kampagnenartige, ideologisch begründete Vorgehensweisen von Tierschutzorganisationen, die das Verbandsklagerecht nutzen, um eine Abschaffung der Nutztierhaltung in Deutschland herbeizuführen, können nicht das Ziel des Gesetzgebers sein. Besonders in den viehstarken Regionen NRWs oder NDSs könne eine vom Tierschutzbund offenbar angestrebte kampagnenartige Vorgehensweise zum Erliegen jedweder baurechtlicher Genehmigungstätigkeit führen. Die Ehrlichkeit hinter so einer Vorgehensweise bleibt auch zu hinterfragen. So wurde laut dem Verband der Deutschen Putenerzeuger (VDP) der Deutsche Tierschutzbund vom VDP zu den Beratungen der Novelle der Bundeseinheitlichen Eckwerte für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Mastputen, die im Oktober 2013 nach mehrjährigen Beratungen der deutschen Putenwirtschaft mit Wissenschaft, Behörden und ebenfalls vier Tierschutzorganisationen in Kraft getreten ist, eingeladen. Eine Teilnahme wurde seitens des Tierschutzbundes aber abgelehnt. Auch der Umstand, dass in der Putenzucht seit einigen Jahren verstärkt tierwohlrelevante Parameter beachtet werden, was mittlerweile in der Gesamtbetrachtung zu gesünderen und fitteren Tieren führt, wird vom Tierschutzbund offensichtlich nicht gewürdigt.